

NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



Foto: Ulf Duda

Mehr Selbstbestimmung ist beschlossene Sache

Wichtige Schritte für eine offene Zukunft

In diesem Monat konnten wir notwendige Schritte nach vorne in Richtung Selbstbestimmung machen. In der Ampel-Koalition war es uns endlich möglich lang erwartete Änderungen anzustoßen. Zum einen wurde der Paragraph 219a, der die Bewerbung von Schwangerschaftsabbrüchen unter Strafe stellt, gekippt und Eckpunkte für ein neues Selbstbestimmungsgesetz vorgestellt.

Mit der Streichung von §219a stärken wir die reproduktive Selbstbestimmung und erlauben die öffentliche Aufklärung über Schwangerschaftsabbrüche durch Ärztinnen und Ärzten. Das Werbeverbot ist damit Geschichte und Ärztinnen und Ärzte können nun öffentlich über Abtreibungen informieren ohne eine Bestrafung zu

befürchten. Das ist ein wichtiges Angebot für alle Personen, die sich über einen Schwangerschaftsabbruch beraten lassen wollen.

Zudem wurden gemeinsam im Justiz- und Familienministerium die Eckpunkte für das Selbstbestimmungsgesetz vorgestellt, welches das veraltete Transsexuellengesetz ersetzen soll. Ein wichtiger Punkt ist, dass trans- und intergeschlechtliche sowie nicht-binäre Personen ihren Geschlechtseintrag und ihren Vornamen im Standesamt durch eine einfache Erklärung ändern lassen können. Damit ist kein ärztliches Attest oder ein gerichtliches Gutachten mehr notwendig. Dieses Gesetz ist ein wichtiger Schritt zu einer noch inklusiveren Gesellschaft!

Moin!

Wir befinden uns im Endspurt vor der diesjährigen Sommerpause. Dies bedeutet aber nicht weniger Arbeit, denn nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt. Bereits jetzt stehe ich wieder im regen Austausch mit Kolleginnen und Kollegen, meinen Referentinnen und Referenten und Ministerinnen und Ministern. Der Haushalt 2023 wird zwar erst im Herbst verabschiedet, jedoch finden erste Gespräche darüber schon statt.

Die Sommerpause auf parlamentarischer Bundesebene bedeutet jedoch nicht, dass die nächsten Wochen nichts passieren wird. Nach den hektischen und anstrengenden Monaten werde ich zwar einen Urlaub machen, aber danach geht es direkt wieder in den nächsten Wahlkampf! Bis zum Oktober werde ich die Kandidierenden aus Oldenburg und dem Ammerland unterstützen. Das Ziel ist, dass Hanna Naber, Ulf Prange, Karin Logemann und Björn Meyer im Oktober in den Niedersächsischen Landtag gewählt werden!

Ich wünsche euch allen einen schönen Restsommer und erholsame Tage. Ich wünsche euch viel Interesse bei der Lektüre!

Ever 12.15

Erhöhung der Stufe im „Notfallplan Gas“

„Alarmstufe Gas“ ausgerufen - Energiesparen wird empfohlen



Am 23. Juni hat Wirtschaftsminister Robert Habeck die „Alarmstufe Gas“ ausgerufen. Damit bezog er sich auf den „Notfallplan Gas“, der die Gasversorgung Deutschlands in Krisensituationen regelt. In diesem Plan sind drei Eskalationsstufen berücksichtigt, durch die Alarmstufe befinden wir uns gerade in Stufe zwei.

Die erste Stufe, die Frühwarnstufe, wurde am 30. März ausgerufen und stellt fest, dass es zu Knappheit in der Gasversorgung kommen kann. Um diesen Prozess zu beobachten wird ein Krisenteam gebildet, das regelmäßige Lageeinschätzungen

erstellt. Die Gasversorgung ist zu diesem Zeitpunkt noch gedeckt, der Preis von Gas steigt allerdings. Es werden ausschließlich marktbasierende Maßnahmen genutzt, um die Gasversorgung auszubauen. Das heißt, der Staat greift nicht in den Markt ein.

Auch in der jetzigen Alarmstufe ist die Gasversorgung sichergestellt. Diese Stufe stellt lediglich eine Verschärfung der Frühwarnstufe dar. In der aktuellen Situation versuchen die Energieversorger außerhalb russischer Lieferung Gas zu hohen Preisen zu erwerben und über LNG-Terminals eine Versorgung mit Flüssiggas

herzustellen. Der Staat greift immer noch nicht ein, regt aber zum Energiesparen an.

In der dritten Stufe, der Notfallstufe, würde der Staat die Energieversorgung als Verantwortlicher übernehmen. Die Bundesnetzagentur würde dann zum Bundeslastleiter und bei möglichen Bezugskürzungen entscheiden, wer priorisiert Gas erhält. Dabei sind Privathaushalte und soziale Einrichtung gesetzlich geschützt. Diese Phase tritt bei einer erheblichen Verschlechterung der Versorgungslage ein, beispielsweise eines Stopps der russischen Lieferungen.

HINTER DEN KULISSEN Praktikum in Berlin und im Wahlkreis

Erfahrungen aus meinem Schulpraktikum bei Dennis Rohde



Moin, mein Name ist Hanna Koch und ich konnte für zwei Wochen ein Praktikum bei Dennis und seinem Team absolvieren.

In meiner Woche im Wahlkreisbüro stand besonders die Arbeit eines Abgeordneten vor Ort im Vordergrund. Intern war die Büroarbeit mit Terminvorbereitung, Bürgergesprächen und Bürgeranfragen ein wichtiger Bestandteil des Praktikums. Extern gehörten in dieser Woche Gespräche in verschiedenen Einrichtungen und mit Organisationen dazu. Das war sehr

vielfältig und interessant, vor allem weil man auf einmal selbst die Seite der politischen Repräsentation übernimmt.

Als ich dann in der zweiten Woche vor dem „Band des Bundes“ stand, war der Unterschied zwischen Wahlkreis und Berlin deutlich zu spüren. Während sich in den Büros einige Aufgaben ähneln, war die Gewichtung der Aufgaben und Termine in Berlin deutlich anders gelegt. Ich konnte vermehrt in die Sitzungen im Bundestag und im Haushaltsausschuss

blicken und so auch andere Schwerpunkte der Arbeit kennenlernen. Dabei habe ich einige interessante Erfahrungen machen können, bspw. konnte ich eine namentliche Abstimmung zu Gesetzesentwürfen über erneuerbare Energien miterleben.

Durch die offene, ungezwungene Atmosphäre und das Vertrauen in beiden Büros hat mir die Arbeit mit dem Team wirklich Spaß gemacht. Ich bin wirklich froh, diese Möglichkeit bekommen zu haben und kann ein Praktikum hier nur empfehlen!

Neue Testverordnung für Coronatests

Jederzeit kostenlose Testungen nicht mehr möglich

Wer sich bisher auf Covid-19 testen lassen wollte, konnte das nach kurzer Anmeldung jederzeit kostenlos in einem der öffentlichen Testzentren machen und bekam dann eine Viertelstunde später das Testergebnis per Mail zugeschickt. So das bisherige Angebot.

Mit dem 1. Juli musste sich dieses Konzept jedoch ändern. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach bedauert zwar, dass nicht mehr allen Bürgerinnen und Bürgern jederzeit ein kostenloser Test zur Verfügung gestellt werden kann, aufgrund der außergewöhnlich hohen Belastung

des Bundeshaushalts könne der Bund aber nicht mehr die vollen Kosten tragen. Die Finanzierung der kostenlosen Tests kostete eine Milliarde Euro monatlich. Durch die Änderungen des Testkonzepts werden nun ein Drittel der Kosten durch die Bürgerinnen und Bürger selbst getragen, zwei Drittel übernimmt weiterhin der Bund.

Sich weiterhin kostenlos testen dürfen nach dem 1. Juli vulnerable Gruppen, die von einer Corona-Infektion beispielsweise wegen einer Vorerkrankung besonders bedroht wären, pflegende Angehörige von Risiko-

gruppen, Kinder bis zu fünf Jahren, Schwangere, BesucherInnen von Krankenhäusern und Infizierte, die sich aus ihrer Quarantäne freitesten möchten.

BesucherInnen von Veranstaltungen, Personen mit Warnung in ihrer Corona-Warn-App oder Personen mit Kontakt zu Risikogruppen können sich für drei Euro vergünstigt testen lassen. Um vergünstigt oder kostenlos einen Test zu erhalten, braucht man in der Regel einen Nachweis für eine dieser Bedingungen. Wer diesen Nachweis nicht erbringen kann, muss den vollen Preis seines Tests zahlen.



BAFÖG

Ausbildungsförderung wird reformiert

Bundestag erhöht und weitet Förderungszuschuss aus

Für den Beginn des neuen Wintersemesters hat der Bundestag eine Erhöhung des BAföG-Satzes sowie diverser Freibeträge beschlossen. Noch zum 01. August möchten wir den BAföG-Satz für SchülerInnen und StudentInnen um 5,75 Prozent anheben und auch den Berechtigtenkreis ausdehnen.

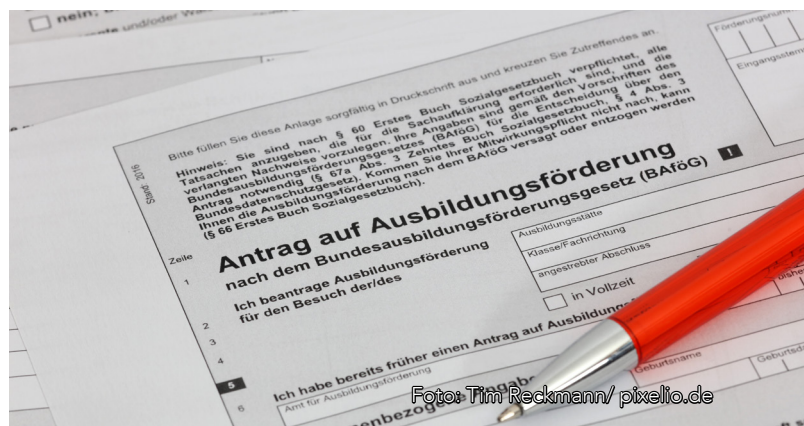
Die Reform unterliegt der Idee des BAföGs, mehr Chancengerechtigkeit im Bildungswesen zu gewährleisten. Mit einer weiteren Reform planen wir diese Idee auszuweiten, sodass mehr

Empfängerinnen und Empfänger stärker vom BAföG profitieren. Hierfür werden wir zum einen die Antragstellung digitalisieren, sodass Anträge auch online gestellt werden können. Die Altersgrenze beim Beginn der förderungsfähigen Ausbildung soll zudem einheitlich auf 45 Jahre angehoben werden.

Bedarfssätze wie der Wohnkosten- und Kinderbetreuungszuschlag werden außerdem um jeweils 11 Prozent und 6,7 Prozent ansteigen. Somit kann der Förderungshöchstsatz von

861 Euro auf 934 Euro im Monat angehoben werden. Dadurch sollen alle EmpfängerInnen künftig mehr entlastet sein, besonders vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und der Inflation.

Zu guter Letzt sieht der Gesetzesentwurf vor, dass auch Freibeträge künftig um 20,75 Prozent angehoben werden. Dadurch möchten wir einem größeren Kreis den BAföG-Erhalt ermöglichen. Chancengerechtigkeit in Bildung kann nun noch besser gewährleistet werden!





Gemeinschaftsunterkünfte im Ammerland bieten Schutz

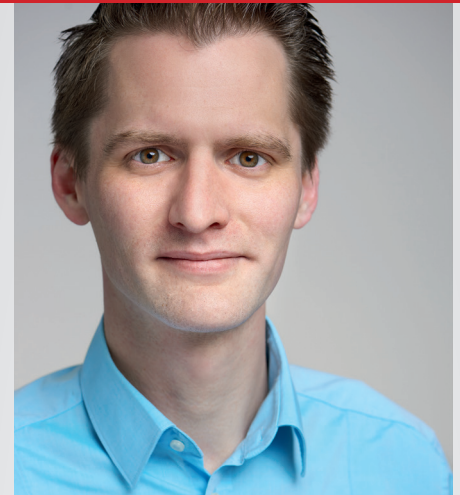
Zu Besuch bei den Johannitern

Im Juni habe ich die Gemeinschaftsunterkunft für schutzsuchende Menschen der Gemeinde Edewecht in Jeddelloh I sowie die Erstaufnahmeeinrichtung des Landkreises Ammerland in Edewecht besucht. Diese werden von den Johannitern betreut.

Es war beeindruckend zu sehen, wie viele Angebote die Johanniter den Bewohnerinnen und Bewohnern der Unterkünfte bieten. Beispielsweise werden wöchentlich Näh- und Sprachkurse durch freiwillige Kräfte angeboten. Generell ist die Arbeit der Freiwilligen im Ortsverein der Johanniter eine wichtige Stütze für die

Arbeit der Unterkünfte. In Jeddelloh sind derzeit 69 Plätze vergeben. Der Großteil der Bewohnerinnen und Bewohner kommt aus afrikanischen und asiatischen Ländern, aber es gibt auch einen wachsenden Anteil an Schutzsuchenden aus der Ukraine. Im Durchschnitt verbringen die Schutzsuchenden über ein Jahr in der Einrichtung bevor sie eine eigene Wohnung finden.

Ich bin im regelmäßigen Austausch mit den Johannitern und solche Ortstermine helfen die Aufgaben und Herausforderungen der Hilfsorganisationen noch besser zu verstehen.



Raphael Heitmann, mein neuer wissenschaftlicher Mitarbeiter, ist 29 Jahre alt und wohnt seit zehn Jahren in Oldenburg. Er studierte erst in Oldenburg und aktuell in Bremen Internationales Politikmanagement. Über den Sommer unterstützt er mein Wahlkreisbüro, als Elternzeitvertretung. Regulär arbeitet er für die SPD Landtagsabgeordnete Hanna Naber.

Raphael ist seit 2013 Mitglied der SPD. Bei den Juso und im Ortsverein hat er vielfältige Aufgaben und Positionen übernommen und die Partei und Arbeit der Abgeordneten kennengelernt. Er wird mich vor allem bei der Beantwortung von Bürgeranfragen unterstützen.

Kleine Häuser mit großer Strahlkraft

Tiny Houses aus dem Ammerland

In den letzten Jahren hat sich die Art zu wohnen verändert und immer beliebter wurden sogenannte Tiny Houses, kleine und meist mobile Häuser. In Bad Zwischenahn produziert das Projekt „b-wohnen“ genau solche Tiny Houses.

In dem Projekt der Ländlichen Erwachsenenbildung (LEB) arbeiten ehemals Langzeitarbeitslose in verschiedenen Stationen an den kleinen Häusern. Das Projekt, welches den Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-

mern beim Weg zurück in den Arbeitsmarkt und bei einer Einführung in neue soziale Kreise hilft, wurde zu Beginn von den Jobcentern Oldenburg und Ammerland unterstützt.

Die Projektleiter geben ihnen die Chance neu zu lernen oder ihre schon vorhandenen Kenntnisse zu vertiefen. Neben Tiny Houses werden auch Strandkörbe und Saunen gebaut oder Anhänger umfunktioniert. Es war interessant vor Ort das Projekt und die Resultate zu erleben!

**DIREKT GEWÄHLT -
DIREKT ANSPRECHBAR!**

Berliner Büro

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 227 72 800
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Huntestraße 23, 26135 Oldenburg
Telefon 0441 99 86 76 01
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

@ www.dennisrohde.de
f facebook.com/dennis.rohde
t twitter.com/dennisrohde